

diesen Fragen gegenüber den Seilschaften hat jedenfalls – meiner Meinung nach – nicht ausgereicht.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich danke Ihnen, obwohl es mir schwerfällt, Ihnen zu danken. Denn das, was man hier hört, ist ja jetzt ganz dicht dran. Das, was uns von heute früh an beschäftigt hat, war ja noch, wenn Sie so wollen, so ein bißchen systematische Distanz. Aber dies ist ja eine Aufzählung von Grusel- und Horrornachrichten. Lassen Sie mich noch eine Empfindung loswerden. Mich wundert, daß hier an einer Stelle ein Herr, den ich gut verstehen kann, zweimal geklatscht hat, offensichtlich darüber, daß das, was hier gesagt worden ist, gesagt wurde. Aber wir haben über Dinge geklatscht, wo man im Grunde wahnsinnig werden kann. Also das ist doch kein Grund zum Klatschen. Da kann man sauer werden, wütend werden, protestieren oder was auch immer. Die nächste – ich vermute und befürchte, daß das wieder ins Gruselkabinett führen wird – ist Frau Edelgard Jeske aus Berlin.

(Die Sitzungsleitung übernimmt **Frau Abg. Michalk, CDU/CSU.**)

Edelgard Jeske: Meine Damen und Herren! Alles, worüber heute und hier diskutiert und referiert worden ist, war eigentlich zum Zeitpunkt der Wende schon erkennbar und eigentlich vorprogrammiert. Ich möchte mich kurz vorstellen. Ich arbeite in einer Gruppe von Praktikern, die sich in der Zeit der Wende zusammengefunden hatte, um den Prozeß der Umwandlung von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft zu begleiten und Vorschläge zu erarbeiten. Im Laufe der Zeit wurde dieses Thema aber immer mehr zurückgedrängt, und das Thema „Seilschaften“ stand bei uns auf der Tagesordnung. Zum Komplex „Seilschaften“ generell möchte ich sagen: Es ging uns bei unserer Arbeit nicht so sehr um den spektakulären Einzelfall, sondern wir wollten wissen: Handelt es sich um organisiertes Arbeiten? Wir wollten auf dieser Strecke feststellen, wie der Stand ist, diese Dinge bündeln, dann an die entsprechenden Verantwortlichen herantragen und sie zu Reaktionen auffordern.

Zum Thema „Seilschaften“ möchte ich noch vorausschicken: Jeder weiß, daß die SED eine Kaderpartei war; über die Nomenklatur realisierte sie ihren Führungsanspruch. Das muß man also alles so ein bißchen im Kopf haben, um diese Thematik der Seilschaften einordnen zu können. Und im Ergebnis des Ausleseprozesses, der sich ja in 40 Jahren in der DDR abgespielt hat und wo auch die Überprüfung jedes einzelnen Kadern, der eine Funktion einnahm, über das MfS erfolgte, war gewährleistet, daß nur solche Kader in die Funktionen kamen, die stromlinienförmig die Parteipolitik durchsetzten, die kompromißlos, wie immer so schön gesagt wurde, die Beschlüsse von Partei und Regierung in ihrem Verantwortungsbereich umsetzten. Diese Leute waren natürlich wunderbar angepaßt. Und mein Vorredner hat es ja sehr schön gesagt, sie waren auch wunderbar handhabbar im Prozeß der Umwandlung. Wie gesagt, in diesem Ausleseprozeß ergab sich eine Funktionärskaste, die alle Prozesse, alle Positionen besetzte. Anhand der Stasilliste, die in Halle

aufgetaucht ist, haben wir festgestellt, im Vergleich mit den Geschäftsführern, die in den Betrieben saßen, daß die Namen immer irgendwie ähnlich waren. Das waren also richtige Familienclans, die in diesem Falle in Halle das gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische Leben beherrschten. Natürlich wurden wir jetzt mißtrauisch, nachdem wir so viele Einzelinformationen hatten, und wollten wissen, läuft das flächendeckend überall gleich. Aus diesem Grunde haben wir eine Anfrage gestartet, die DDR-weit war. Und aufgrund der Hinweise, die wir aus diesen Bereichen bekamen – wir hatten also aus 35 Betrieben hier in Berlin Zuschriften und aus mehr als 60 Betrieben aus dem Dresdner Raum –, konnte man feststellen, hier läuft alles DDR-weit zeitgleich und nach gleichem Strickmuster. Es änderte sich ein bißchen, aber im Prinzip war immer das gleiche Schema erkennbar. Das war für uns natürlich sehr frappierend, denn eigentlich hatten wir gedacht, nachdem die Wende kam, hatten die Funktionäre ja keine Legitimation mehr, nachdem der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung der DDR gestrichen war, hatten sie ja keine Berechtigung mehr, auf ihren Posten zu sitzen, denn sie hatten ja ihre Posten nur dem SED-Buch oder der Kaderpolitik der Partei zu verdanken. Das war für uns eigentlich Anlaß, an den „Runden Tisch“ zu gehen, aber es war sehr schwierig, mit unserem Vorschlag Gehör zu finden, der ganz konkret lautete, daß man mit den Manipulationen, die schon auch überall stattfanden und erkennbar waren, Schluß machen sollte, daß alle Leiter der mittleren und höheren Ebene sich einem Vertrauensvotum stellen sollten, daß die Kaderleiter, die vorher Parteisekretäre waren und jetzt überall Kaderleiter wurden, abberufen werden sollten mit sofortiger Wirkung und daß die Vernichtung und die Bereinigung der Akten, die überall zu beobachten war – zeitgleich immer komischerweise zu gleichen Zeitpunkten –, gestoppt werden sollte. Wir haben Anstrengungen gemacht, um über das Berliner Konsistorialamt an den „Runden Tisch“ zu kommen. Es wurde verhindert, gemauert, bis zum letzten Tag. Es ist dann nur gelungen, weil wir uns direkt an ein Mitglied des „Runden Tisches“ gewandt haben und man diese Sache nicht mehr verhindern konnte, weil er nachfragte, so daß unser Beschlußvorschlag an den „Runden Tisch“ kam, und natürlich hat er auch die Zustimmung der Versammelten gefunden, ausgenommen die PDS, logisch. Doch dieser Beschluß, der dort gefaßt worden ist, daß man also das so umsetzen sollte, wurde weder von der Modrow-Regierung, die ja noch im Amt war, noch von der de Maizière-Regierung umgesetzt. Auf Druck von einigen Belegschaften, denn diese Manipulationen liefen ja überall gleich, wurden durch den damaligen Wirtschaftsminister, Herrn Dr. Pohl, einige zögerliche Scheinaktivitäten eingeleitet. Aber bevor die griffen, mußte er seinen Hut nehmen, weil er mit Stasi-Kontakten sehr belastet war.

Es blieb also alles, wie es war, und das Gesetz zur Umwandlung der VEB in Kapitalgesellschaften öffnete nun endlich allen Begehrlichkeiten Tür und Tor.

Auf das sogenannte Volkseigentum hatten die Funktionäre ja ungehindert Zugriff. In Freibeutermanier wurde zu Lasten der Allgemeinheit an der Treuhand vorbei, die da schon existierte, aus dem herrenlosen Staatseigentum auf einmal Funktionärsigentum. Und wir hatten ja nun Erkenntnisse aus dem Betrieb, wir erlebten das ja täglich um uns herum. Also wollten wir uns natürlich an einige Ansprechpartner wenden, und was lag näher, als an die Treuhand zu gehen. Als wir dann das Mitarbeiterverzeichnis dieser Treuhandanstalt auf dem Tisch hatten, nämlich in Form des Telefonbuches, na, da sind wir ja bald umgefallen. Wir hatten auf einmal den Eindruck, daß wir das Handbuch der DDR-Nomenklatur auf dem Tisch hatten. Es saßen dort die Staatssekretäre, Staatsfunktionäre der DDR, die eigentlich die marode Wirtschaft zu verantworten hatten und die jetzt den Scherbenhaufen zu verwalten hatten in der Treuhand. Mit diesen Vorwürfen, die alle kamen, haben wir auch feststellen müssen, daß diese Genossen in der Treuhand irgendeinen Auftrag hatten. Sie guckten entweder verständnisvoll weg, wenn sie irgendetwas feststellten, bzw. sie kamen mit ihrem Insider-Wissen und gaben Tips, damit so oder so die Sachen laufen. Also im Prinzip war das ein Beziehungsgeflecht, was sich trug. Zum Zeitpunkt unserer Recherchen 1991 saßen in der Treuhand-Zentrale ca. 100 hochrangige Funktionäre aus der Kader-Nomenklatur, davon kamen 14 von den ca. 100 Staatssekretären und stellvertretenden Ministern aus den Industrieministerien. Der Arbeitsgruppenleiter Sondernomenklaturen der zentralen Kaderabteilung im Ministerrat der DDR saß in der Treuhand-Personalabteilung und machte praktisch das Personalkonzept. Er stellte ein, er entschied darüber, ob einer aus der Bürgerbewegung kommt oder ob einer aus dem SED-Pool kommt. Das haben wir da sehr genau festgestellt: Sechs hochrangige Funktionäre aus der SED-Bezirksleitung Berlin, Mitarbeiter des ZK-Apparates, Parteiorganisatoren des ZK, Parteisekretäre, ca. 20–30 leitende Mitarbeiter aus Gliederungen des Ministerrates, Direktoren von Kaderschmieden, z. B. der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, leitende Mitarbeiter des Koko-Imperiums, Verwalter, Verfügungsberechtigte über Koko-Konten und nicht zuletzt nach unserer Auffassung echte Exoten – insbesondere dann, wenn man sich die Aufgaben der Treuhandanstalt vergegenwärtigt –, z. B. einen ehemaligen Lehrer der Hochschule der Volkspolizei und Mitglied der Leitung des SC Dynamo. Mir ist unverständlich, was der bei der Privatisierung gemacht hat, aber er saß jedenfalls da. Wir wandten uns mit unseren Feststellungen an Gott und die Welt und zu allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten, aber so richtig war dieses Thema nicht interessant. Man hoffte, das wird sich auf den Osten beschränken lassen. Im Prinzip war man nicht sensibilisiert für dieses Thema. Und das war eigentlich das, was uns in die Wut trieb, weil wir sagten, das kann doch nicht wahr sein, hier gehen Gelder, hier gehen Millionen über den Jordan, es kümmert sich keiner darum. Und ich glaube, wir haben auch manchen Bundestagsabgeordneten genervt mit unserem immer wieder „Nun macht mal!“ und so,

also irgendwann kam es dann doch zu einer gewissen Änderung. Das war der 3. Oktober 1990 und im Nachhinein dann der Einsatz der Ombuds-Leute oder der Vertrauensbevollmächtigten, und wir haben ja eigentlich in Herrn Dr. Krieger einen Ansprechpartner gefunden, der sehr aufmerksam zuhörte, wo wir uns dann wenigstens hinwenden konnten. Das war sehr wichtig für uns, aber es ist traurig, daß man diese Dinge, die alle da in diesem Zusammenhang aufkamen, doch nicht global genutzt hat, um zu agieren. Man hat eben nur reagiert, und das ist der Vorwurf, den ich der Treuhand mache, weiterhin, daß die Vertrauensleute für die Treuhandzentrale selbst nicht zuständig waren, daß sie nur auf Hinweis tätig waren, daß ihre Vorschläge nur empfehlenden Charakter hatten, daß sie keine allgemeingültigen Kriterien erarbeiteten für den Umgang mit den Funktionärsträgern. Es ist für mich traurig, daß sie nur eine punktuelle Wirkung erreicht haben. Generell mit diesem Problem hat man sich nicht auseinandergesetzt.

Im Zuge unserer Nachforschungen kamen wir auch auf die Frage der Arbeitsämter. Im Zusammenhang mit unseren Aktionen erhielten wir natürlich auch Hinweise zu den Arbeitsämtern, und wir haben dann eine Dokumentation erarbeitet, die auch überall hingeschickt. Es gab wenig Reaktion, aber es kam zu einem Gespräch mit dem Vertreter der Personalgutachterkommission, und da stellten wir eben genau diese Dinge fest, die sich heute abgespielt haben. Man wiegelte entweder ab oder man war sich nicht im klaren, was man an Bord hatte. So wurden z. B. die konkreten Vorwürfe gegen den ehemaligen Stadtrat für Arbeit und Löhne beim Magistrat von Berlin so abqualifiziert: „Na ja, was ist denn das für ein Pöstchen gewesen, das ist ja wohl so das mindeste, was man hätte sein können“. Da waren wir natürlich schockiert, denn es war ein Funktionär, der genau wie alle anderen Funktionäre in diese Position gekommen ist, nachdem er gecheckt war, nachdem er seine Unbedenklichkeit, seine Loyalität und was dazu gehörte in die Waagschale geworfen hatte. Wir hatten sogar dieses Gespräch in der Treuhand geführt, um da diese Parallelen zu sichern, aber irgendwie kommt das einfach nicht an, weil man sich den Problemen auch nicht stellen will.

Es ist schön, daß ich heute hier gehört habe, daß sich ein Umdenken in der Treuhand entwickelt hat, aber eigentlich ist ja alles gelaufen. Die Treuhand ist ein Auslaufmodell. In den Betrieben und Einrichtungen dagegen haben die alten Strukturen überlebt, das ist für mich das Bitterste eigentlich, und sie haben sich gefestigt. Und wenn wir es geschafft haben, irgendwo hochrangige Funktionäre aus den Positionen herauszubekommen nach vielen Schwierigkeiten usw., dann tauchen sie in verantwortlichen Positionen in Beteiligungsunternehmen und in den Tochterunternehmen wieder auf, und im Prinzip ist damit nichts bewirkt, sie haben sich nur eine Etage niedriger wieder festgesetzt. Das größte Beispiel ist für mich wieder dieser Arbeitsgruppenleiter Sondernomenklaturen beim Ministerrat der DDR, der zuerst in der Zentrale

der Treuhandanstalt saß, der jetzt, nach meinen Informationen, wieder Personalleiter in der Bodenverwaltungs- und -verwertungsgesellschaft der Treuhandanstalt ist, wo neben ihm viele andere Genossen sich zusammengefunden haben.

Im Prinzip ist es auch das, was bei den Leuten heute dazu führt, daß sie keine Eingaben mehr beim Arbeitsamt machen, weil sie sagen: „Es tut sich ja doch nichts, wo ist denn jemand, wo ich mich hinwenden kann, wen kann ich gewinnen, wer ist Lobby für uns?“. Ich höre zwar immer gerade von westdeutschen Politikern, die recht weit in Bonn sitzen und scheinbar mit dem Problem nicht so vertraut sind, man solle doch endlich mit dieser Diskussion aufhören und die Ausgrenzung soll endlich aufhören. Ich frage mich bloß, wo werden diese Leute ausgegrenzt. Sie sind an den Schaltstellen, sie sitzen in den Betrieben an verantwortlichen Positionen, vielleicht werden sie im politischen Leben etwas ausgegrenzt. Aber über die wirtschaftliche Macht kann man da ja auch wieder etwas dran drehen. So richtig kann ich diesem allgemeinen Vorwurf, der hier immer so unterschwellig kommt, einfach nicht folgen. Es werden eher die anderen ausgegrenzt, die sowieso schon keine Chance hatten, die jetzt wieder keine Chance kriegen, weil sie keine Sprachrohre haben, keine Lobby, keine Interessenten. Und insofern finde ich es eben gut, daß heute in der Enquete-Kommission so ausgiebig über dieses Thema referiert worden ist und auch diese Dinge noch einmal aufgeköcht werden, denn eigentlich haben wir ja alle schon resigniert. Wir haben ja schon aufgegeben. Ich merke es an uns selbst, wir sind ja mit so viel Vehemenz an diese Dinge herangegangen, und wir sagen jetzt „wozu?“. Wir können es nicht ändern, man muß mit den Dingen so leben, und das finde ich eigentlich sehr traurig. Denn wir waren ja angetreten im Herbst 1989, daß wir etwas verändern wollten, und im Prinzip haben wir alles in den Betrieben so behalten. Und diese Resignation, die sich überall abspielt, ist eigentlich auch dem geschuldet, daß man ja gar nicht erlebt, wie sich Demokratie in den Betrieben abspielt, das ist ja eigentlich unsere Erlebniswelt. Es sind die alten Strukturen, die das Sagen haben, und ich muß sagen, ich bin heute früh etwas schockiert worden, was hier im FOCUS über mich geschrieben wird. Wenn ich morgen in den Betrieb komme, weiß ich nicht, was da wieder losgeht. Wir sind hier wie konspirativ und versuchen, unsere Dinge zu machen. Wir haben keinen Schutz. Und man findet, wenn man Leute los sein will, die Möglichkeit, dann wird Ihnen fachliches Versagen oder was weiß ich, Störung des Betriebsfriedens oder was weiß ich, was man ihnen anhängt, vorgeworfen. Jedenfalls finde ich es notwendig, daß man sich diesen Fragen offen stellt. Man muß darüber reden und das auch in die Öffentlichkeit bringen. Es ist zwar schön, daß hier so viele Leute sind, aber es verlassen die Fragen der Belastung und diese Dinge eigentlich diesen Raum nicht. Es ist auch ein Problem, daß moderne Unternehmen, die ja soviel von Unternehmensphilosophie und von Firmenethos und weiß ich wovon reden,

sich hochbezahlte Stasileute als Berater oder Mitarbeiter leisten können. Ich kann das alles einfach nicht mit nachvollziehen.

Ich will jetzt hier aufhören, aber sagen, stellen Sie sich vor, wenn das Wahljahr 1994 kommt, was da passiert. Ich denke mir, daß da einige mit bestimmten und gezielten Indiskretionen an die Öffentlichkeit gehen und daß dieser Wahlkampf eine Schlammschlacht wird, wenn nicht sauber aufgearbeitet und offen über die Dinge geredet wird, ohne Ansehen der Personen, ohne Ansehen der Parteien. Da habe ich ganz große Befürchtungen, daß sich da etwas abspielen wird.

Eine Bitte habe ich noch: Was uns in diesem ganzen Prozeß auch sehr, sehr traurig stimmt, ist, daß gerade westdeutsche Personalleiter mit Klischees hier auftauchen und Personalpolitik machen, indem sie sagen, wer nicht in der SED war, der hatte natürlich kein Karrierebewußtsein. Und wer nicht in der SED war, dem fehlt natürlich auch Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber. Ich finde, das ist ja der Zynismus in Hochpotenz, das kann ja wohl nicht wahr sein. Aber nach diesen Kriterien wird dort in den Personalabteilungen Personalpolitik gemacht und ich finde, das ist ganz schlimm. Es entwertet Lebenshaltungen, das ist eine ganz schlimme Situation. Wenn jemand glaubt, das ist vielleicht aus der Luft gegriffen – ich könnte den Namen nennen. Der hat sich beworben und unter der Hand – man hat es ihm nicht offiziell gesagt – wurde ihm das als Grund dafür, daß er nicht genommen wird, gesagt. Ich denke, er hat kein Interesse, das zu erfinden, sondern es ist so. Ich muß sagen, die Erlebniswelt, die wir so haben, und da können viele anders reden, ist nicht so, wie sich manche das wünschen und sicherlich schönreden möchten. Es ist etwas anders. Schönen Dank.

Gesprächsleiterin Maria Michalk (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Jeske, für Ihr engagiertes Vortragen, und ich denke schon – das ist auch eine Hoffnung von mir –, daß es heute ein Signal nach außen gibt. Daß uns das Thema „alte Seilschaften“ sehr beschäftigt, sollte eben nicht nur in diesem Raum bleiben, das ist ja auch Sinn und Zweck der heutigen Veranstaltung. Jetzt will ich das Wort weitergeben an Frau Sybille Tonndorf-Ehrke.

Sybille Tonndorf-Ehrke: Verehrte Frau Michalk, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich zuerst für Ihre Einladung zur heutigen Anhörung vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages bedanken. Sie haben mir die Gelegenheit eingeräumt, stellvertretend für alle, die in gleicher oder ähnlicher Situation sind, zu sprechen. Seit 1.6.1991 bin ich Mitarbeiterin der Bundesanstalt für Arbeit, versee meinen Dienst im Arbeitsamt IX Berlin, z.Zt. abgeordnet zum Arbeitsamt VII. Daher möchte ich über meine Erfahrungen mit Führungskräften und Mitarbeitern, die ich in dieser Zeit gesammelt habe, berichten. In den ersten Monaten des Jahres 1990 wurden die heutigen Arbeitsämter der neuen Bundesländer unter dem Druck der schnell wachsenden Arbeitslosigkeit geschaffen. Diese war mit der Wende durch